



AfD Fraktion Neustadt a. d. Wstr., Postfach: 100107, 67401 Neustadt
Stadtverwaltung Neustadt an der Weinstraße
Marktplatz 1
67433 Neustadt an der Weinstraße

Neustadt, 02.05.2025

Anfrage: Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber – Haltung der Stadt und Umsetzung auf kommunaler Ebene

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Weigel,
sehr geehrte Damen und Herren,

im zweiten Quartal 2025 soll in Rheinland-Pfalz eine Bezahlkarte für Geflüchtete eingeführt werden. Die Umsetzung erfolgt über eine freiwillige Beteiligung der Kommunen im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit dem Land. Ziel ist es, Bargeldauszahlungen zu begrenzen, Überweisungen ins Ausland zu unterbinden und den Verwaltungsaufwand zu senken.

Die geplante Maßnahme wird von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) kritisiert, obwohl sie eine sinnvolle und legitime Form der Leistungssteuerung darstellt. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Stadtverwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Zeitplan der Einführung:

Welche konkreten Planungen verfolgt die Stadt Neustadt an der Weinstraße im Hinblick auf die Einführung der Bezahlkarte? Ist eine Beteiligung am Landesmodell vorgesehen, und falls ja, zu welchem Zeitpunkt soll die Umsetzung erfolgen?

2. Verwaltungsaufwand, Haltung der Verwaltung und Haushaltsauswirkungen:

Da im Stadtrat bislang keine Beschlussfassung zur Einführung der Bezahlkarte erfolgt ist, bitten wir um Auskunft darüber, welche Haltung die Stadtverwaltung zur Einführung dieses Instruments vertritt. Darüber hinaus interessiert uns, welcher zusätzliche Verwaltungsaufwand mit einer möglichen Einführung verbunden wäre – insbesondere im Hinblick auf Personal, Technik, Abläufe und Schnittstellen zur Landesebene. Welche Auswirkungen auf den städtischen Haushalt erwartet die Verwaltung im Fall einer Einführung – sowohl hinsichtlich möglicher Mehrkosten als auch etwaiger Einsparungen?

3. Umgang mit Kritik aus dem NGO-Bereich:

Wie bewertet die Stadtverwaltung die öffentlich geäußerte Ablehnung der Bezahlkarte durch Nichtregierungsorganisationen wie den Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz? In welchem Maß lässt sich die Stadt in ihrer Entscheidungsfindung von derartigen NGO-Positionen beeinflussen, oder orientiert sie sich vorrangig am Gemeinwohl und dem verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln?

Begründung:

Angesichts steigender Kosten im Asylbereich sowie wachsender Belastung der kommunalen Infrastruktur ist eine klare Haltung zur Einführung der Bezahlkarte erforderlich. Die Bürger dieser Stadt erwarten zu Recht Transparenz und effektive Steuerung bei der Verwendung öffentlicher Mittel.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Rössler
Fraktionsvorsitzender

AfD-Fraktion Neustadt an der Weinstraße
Postfach: 10 01 07
67401 Neustadt

Mobil: 0174 3305921
Mail: m.roessler@alternative-neustadt.de
Web: www.alternative-neustadt.de